

# **FINMA\_VERSICHERUNGSRECHT 20040316\_d\_ch\_b\_01 vom 16. März 2004**

FINMA Versicherungsrecht, 2004-03-16, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/finma\\_versicherungsrecht\\_20040316\\_d\\_ch\\_b\\_01](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/finma_versicherungsrecht_20040316_d_ch_b_01)

FR: FINMA\_VERSICHERUNGSRECHT 20040316\_d\_ch\_b\_01 du 16 mars 2004

IT: FINMA\_VERSICHERUNGSRECHT 20040316\_d\_ch\_b\_01 del 16 marzo 2004

## **Erwägungen**

### **E. 1**

Ist ein kantonales Urteil zugleich mit staatsrechtlicher Beschwerde und mit Berufung angefochten, wird in der Regel der Entscheidung über letztere ausgesetzt bis zur Erledigung der staatsrechtlichen Beschwerde (Art. 57 Abs. 5 OG). Von dieser Praxis abzuweichen, besteht hier kein Anlass.

### **E. 2**

Im Urteil vom 12. Mai 2003 hatte die erkennende Abteilung festgehalten, dass die Beweislast für eine Anzeigepflichtverletzung dem Versicherer obliege und die versicherte Person in diesem Zusammenhang keine Mitwirkungspflicht treffe. Wenn die Beschwerdegegnerin sich auf das Ersuchen der Beschwerdeführerin vom 14. März 2000, ihr die Krankenkassen zu nennen, bei denen sie von 1991 bis 1996 versichert gewesen sei, passiv verhalten habe, habe sie weder gegen eine klare gesetzliche noch gegen eine vertragliche Mitwirkungspflicht verstossen und keine Auskunftspflicht verletzt. Es könne daher nicht gesagt werden, zufolge Verletzung der Mitwirkungspflicht habe die Forderung der Beschwerdegegnerin nicht fällig werden können und habe die Frist von Art. 6 VVG (für einen Rücktritt des Versicherers vom Vertrag) nicht zu laufen begonnen (E. 4).

### **E. 3.1**

Die Beschwerdegegnerin hatte dem Obergericht mit Noveneingabe vom 10. Oktober 2002, d.h. erst nachdem dieses (gleich im Anschluss an die Appellationsverhandlung vom 3. Oktober 2002) sein (erstes) Seite 3

Urteil gefällt hatte, unter Beilage des betreffenden Schreibens der Beschwerdeführerin vom 9. Oktober 2002 mitgeteilt, diese sei im Sinne von Art. 6 WG vom Vertrag zurückgetreten. Das Obergericht hielt im Entscheid vom 3. Oktober 2002 fest, dass die Eingabe (aus formellen Gründen) nicht mehr berücksichtigt werden könne.

### **E. 3.2**

Im vorliegend angefochtenen Urteil erklärt das Obergericht, die mit Eingabe vom 10. Oktober 2002 ins Recht gelegte Rücktrittserklärung der Beschwerdeführerin vom 9. Oktober 2002 sei als (materiell) verspätet zu qualifizieren. Es verweist auf die Erwägungen der erkennenden Abteilung, aus denen wohl abzuleiten sei, dass eine Weigerung der versicherten Person, Informationen zur näheren Abklärung von Verdachtsgründen bezüglich einer Anzeigepflichtverletzung zu geben, die rechtsgenügende Kenntnis des Versicherers vom Vorliegen einer solchen Pflichtverletzung begründe. Die vierwöchige Frist nach Art. 6 WG zum Rücktritt vom Vertrag sei unter diesen Umständen schon seit Jahren abgelaufen gewesen, habe sich doch die Beschwerdegegnerin schon nach

der auf dem Verdacht einer Anzeigepflichtverletzung beruhenden Aufforderung vom 14. März 2002 zur UÜieferung einschlägiger Angaben passiv verhalten. •

#### **E. 4.1**

Die Beschwerdeführerin beanstandet, dass das Obergericht auf die Noveneingabe der Beschwerdegegnerin vom 10. Oktober 2002 eingegangen ist und in deren Würdigung festgehalten hat, ihr am

#### **E. 4.2**

Das rechtliche Gehör im Sinne der genannten Bestimmung dient einerseits der Sachaufklärung und verleiht andererseits dem Betroffenen ein persönlichkeitsbezogenes Mitwirkungsrecht im Verfahren. Der Betroffene soll in den Punkten, die geeignet sind, den zu erlassenden in seine Rechtsstellung eingreifenden Entscheid zu beeinflussen, sich namentlich zur Sache äussern, erhebliche Beweise beibringen und an der Erhebung von Beweisen mitwirken oder sich zumindest zum Beweisergebnis äussern können (BGE 129 II 497 E. 2.2 S. 504 f. mit Hinweisen; 121 I 225 E. 2a S. 227).

#### **E. 4.3**

In seinem zweiten Entscheid hat das Obergericht die von der Beschwerdegegnerin nach Abschluss des Appellationsverfahrens ins Recht gelegte Eingabe vom 10. Oktober 2002 zum Prozess zugelassen. Seite 4

sen. Es hat der Eingabe zudem insofern eine rechtserhebliche Bedeutung beigemessen, als es der ihr beigelegten Erklärung der Beschwerdeführerin vom 9. Oktober 2002 entgegenhält, die gesetzliche Frist für einen Rücktritt vom Versicherungsvertrag sei im Zeitpunkt der Erklärung längst abgelaufen gewesen, mit andern Worten, die Rücktrittserklärung sei unwirksam. Die Rüge der Gehärsverweigerung ist angesichts dieser Umstände begründet. Das Obergericht hätte der Beschwerdeführerin Gelegenheit geben müssen, sich zu den rechtlichen Auswirkungen der nachträglichen Zulassung der Eingabe vom

#### **E. 9**

Oktober 2002 erklärter Rücktritt vom Versicherungsvertrag sei verspätet und deshalb unwirksam, ohne ihr Gelegenheit gegeben zu haben, sich zur Eingabe zu äussern. Es sei der ihr nach Art. 29 Abs. 2 BV zustehende Anspruch auf rechtliches Gehör missachtet worden.

#### **E. 10**

Oktober 2002 ins Recht gelegten Rücktrittserklärung der Beschwerdeführerin vom 9. Oktober 2002 geäussert. Es ist weder darüber befunden worden, ob das Schreiben im laufenden Verfahren überhaupt noch berücksichtigt werden dürfe oder nicht (was sich nach dem kantonalen Verfahrensrecht bestimmt; vgl. Art. 66 Abs. 1 OG), noch darüber, welches im einen oder im andern Fall die verfahrensmässigen bzw. materiellen Konsequenzen wären. Der Entscheid hierüber ist ausdrücklich der kantonalen Instanz vorbehalten worden (vgl. E. 4, S. 6 unten des Urteils vom 12. Mai 2003). Die Auffassung, es sei einzig noch über die Klageforderung der Beschwerdegegnerin zu befinden, ist daher unzutreffend. Das Obergericht wird nach Anhörung der Beschwerdeführerin die von ihm offengelassenen Punkte mithin (neu) zu beurteilen haben. Ebenfalls wird die von beiden Parteien aufgeworfene Frage der Parteibezeichnung auf Seiten der Versicherung, d.h. der Passivlegitimation, zu klären sein. Vorgängig wird das Obergericht ferner noch zu prüfen

haben, ob den Parteien, wie von der Beschwerdeführerin geltend ge- Seite 5

macht, ein Anspruch auf Durchführung einer öffentlichen Verhandlung zustehe. 6. Die Gerichtsgebühr wird in der Regel der unterliegenden Partei auf- erlegt (Art. 156 Abs. 1 OG). Eine solche ist hier nicht vorhanden, zumal auch die Beschwerdegegnerin die Aufhebung des ange- fochtenen Entscheids beantragt hat. Dem Kanton, gegen dessen Ver- fügung in einer nicht seine eigenen Vermögensinteressen betreffenden Angelegenheit Beschwerde geführt wird, dürfen grundsätzlich keine Gerichtskosten auferlegt werden (Art. 156 Abs. 2 OG). Hingegen ist der Kanton Nidwalden zu verpflichten, die Beschwerdeführerin für ihre Umtriebe im bundesgerichtlichen Verfahren zu entschädigen (vgl. Art. 159 Abs. 2 OG). Der Beschwerdegegnerin — die sich darauf hätte beschränken können, sich dem Rechtsbegehren der Beschwerde- führerin anzuschliessen — ist mit ihrer kurzen Eingabe kein (notwen- diger) Aufwand erwachsen, der eine Entschädigung zu rechtfertigen vermöchte. Seite 6

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.